



Angriffe abgewehrt, Aktionsformen ausgebaut

Der Kampf um den TVStud und die Tarifrunde der Länder an den Hochschulen – von Paulina Backs, Mathis Kock, Maximilian Wimmer und Anne Engelhardt*

In: *express* 2-3/2026

Tarifrunden für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) sind nicht dafür bekannt, Positivbeispiele gewerkschaftlicher Stärke zu sein. Und so fällt auch das jüngste Verhandlungsergebnis sehr durchwachsen aus (siehe S. 4). Sinnbild hierfür sind die immer noch 300.000 studentischen Beschäftigten an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die weiter ohne Tarifvertrag in Wissenschaft und Lehre arbeiten.

In dieser Tarifrunde zeigte sich auch, wie unverschämt die Gegenseite in ihrer Argumentation ist. So sprechen sich momentan zwar acht Landesregierungen für die Tarifierung studentischer Beschäftigter aus, zum Teil sogar in ihren Koalitionsverträgen. Nimmt man Berlin hinzu, wo es schon einen Tarifvertrag gibt, sollte sich so eine Mehrheit finden lassen. Doch für Andreas Dressel, den Hamburger SPD-Finanzsenator und Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), zählt das nicht: Er stellte fest, dass Koalitionsverträge nicht bindend seien – damit zeigte er sein interessantes Demokratieverständnis.

Völlig haltlos war die weitere Rechtfertigungsstrategie. So behauptete die TdL, die Tarifierung sei nicht möglich, weil die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) sich dagegen ausspricht.

Kleine Verbesserungen, mangelnde Umsetzung

Für studentische Beschäftigte gilt seit der Tarifeinigung 2023 kein Tarifvertrag, sondern nur eine schuldrechtliche Vereinbarung. Die war 2023 nach der großen Protestwelle ein erster Zwischenerfolg (siehe *express* 1/2024, S. 9). Doch zeigt sich seit ihrer Einführung, dass sie ungeeignet ist, tatsächlich flächendeckend Veränderungen zu bewirken. Das belegte unlängst die Studie »Jung, akademisch, (immer noch) prekär« der Uni Göttingen.¹ Sie zeigt, dass die in der letzten Einigung festgelegte Mindestvertragslaufzeit von in der Regel einem Jahr zwar an mehreren Standorten zu Verbesserungen führte. Dennoch wurden im letzten Sommersemester in acht Bundesländern weiterhin weniger als der Hälfte der Beschäftigten Jahresverträge ausgestellt.

Deshalb bemühten sich die Vertreter:innen der TVStud-Bewegung in der aktuellen Tarifrunde, die Ausnahmen von dieser Regel stärker einzugrenzen, insbesondere bezüglich der studentischen Beschäftigten mit Lehraufgaben (»Tutor:innen«). Darauf antwortete die TdL jedoch mit einem neuen Katalog an Ausnahmen, der für fast jede Stelle eine Unterschreitung der festgelegten Vertragslaufzeit ermöglicht hätte.

Darüber hinaus wollte die TdL eine längere Laufzeit der schuldrechtlichen Vereinbarung als des Tarifvertrags für alle anderen Beschäftigten durchsetzen. Dadurch wären gemeinsame Streiks aufgrund der Friedenspflicht nicht mehr möglich gewesen. Doch die Kolleg:innen in-

1 Marvin Hopp / Ann-Kathrin Hoffmann / Nina Moya Schreieder / Heiner Heiland: Jung, akademisch, (immer noch) prekär. Studentische Erwerbsarbeit an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Göttingen 2026, Georg-August-Universität Göttingen.

ner- und außerhalb der Hochschulen zeigten sich solidarisch und wehrten solche Vorschläge der TdL ab. Dies alles führte dazu, dass im Ergebnis nur eine Abwehr von Verschlechterungen sowie eine kleine Anhebung der Stundenentgelte erreicht werden konnte.

Arbeitsbedingungen bleiben prekär

Die Blockadehaltung der TdL ist kein isoliertes tarifpolitisches Problem. Sie steht exemplarisch für eine politische Entwicklung, in der Arbeitsstandards und öffentliche Infrastruktur zunehmend einem vermeintlichen Kürzungszwang unterworfen werden – man denke nur an die Debatten über die tägliche Höchstarbeitszeit, Karenztage oder »Lifestyle-Teilzeit«.

Diese Logik setzt sich an den Hochschulen fort. Unter Verweis auf angespannte Landeshaushalte bleiben Investitionen aus, Stellen werden nicht nachbesetzt und strukturelle Probleme werden auf einzelne Einrichtungen abgewälzt. Die Folgen sind bereits an vielen Universitäten sichtbar: steigende Lehrbelastung, Drittmittel statt Dauerstellen, Dauerbefristung statt Planungssicherheit. Zudem sehen wir auch eine wachsende Überlastung bei den Kolleg:innen in der Verwaltung. Gerade in Sekretariaten sollen sie in niedrigen Entgeltgruppen immer mehr Arbeit leisten.

An den Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten zeigt sich, wie prekär die Lage an den Hochschulen ist. Sie geben Tutorien, machen Korrekturen, bearbeiten Forschungsprojekte und Verwaltungsabläufe. Häufig arbeiten sie für geringe Bezahlung mit kurzen Vertragslaufzeiten und ohne Planungssicherheit. Gleichzeitig trifft sie eine der größten Tarifrücken im öffentlichen Dienst und sie sind oft von Mitbestimmung ausgeschlossen oder strukturell unterrepräsentiert. Ihre Arbeit hält den Hochschulbetrieb am Laufen, aber ihre Arbeitsbedingungen bleiben prekär.

Prekarität ist in der Wissenschaft kein Betriebsunfall, sondern ein Strukturmerkmal. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz normalisiert Unsicherheit, Selbstaussbeutung wird zur stillschweigenden Erwartung. Dauerstellen bleiben die Ausnahme, Befristung ist die Regel. Wer hier von Einzelfällen spricht, verkennt ein System, das Unsicherheit organisiert und Machtmissbrauch Tür und Tor öffnet.

Vor diesem Hintergrund geht es in den aktuellen Auseinandersetzungen nicht nur um einzelne Themen wie Entgelt oder Vertragslaufzeiten. Es geht um die grundsätzliche Frage, wie Hochschulen organisiert sein sollen: als öffentliche Orte und Vorreiter:innen für gute Arbeit, demokratische Mitbestimmung und Planungssicherheit oder als dauerhaft flexibilisierte Sparbetriebe, in denen Unsicherheit und Machtungleichheit durch Befristungen an der Tagesordnung sind.

Die Bedeutung des Hochschulaktionstags

Der Hochschulaktionstag bündelt deshalb mehr als nur tarifliche Forderungen. Er verbindet die statusgruppenübergreifenden Kämpfe gegen Prekarisierung, Sparpolitik und die Aushöhlung von Arbeitsstandards. Wenn Beschäftigte aller Statusgruppen und Studierende gemeinsam auf die Straße gehen, dann machen sie deutlich: Wir alle sind die Hochschule und wir alle sind mehr wert!

Am 28. Januar, dem diesjährigen Hochschulaktionstag, haben sich zwar nur rund 60 Standorte statt der etwa 100 im Jahr 2023 beteiligt. Trotzdem markierte er in Teilen eine neue Qualität des Arbeitskampfs an den Hochschulen. Während 2023 vielerorts noch einzelne Infostände, Streikcafés oder Kundgebungen stattfanden, sahen wir diesmal eine koordinierte Mobilisierung, nicht zuletzt unterstützt durch den Branchenstreiktag der Gewerkschaft ver.di. Von Aachen bis München, von Kiel bis Freiburg: In dutzenden Städten gingen studentische Beschäftigte, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, Lehrende und Kolleg:innen aus Verwaltung und Technik gleichzeitig auf die Straße, teilweise gemeinsam mit den Kolleg:innen aus den Unikliniken.

Allein der Blick auf die Aktionsformen zeigt die veränderte Dynamik: In Berlin zogen Demonstrierende vom Bebelplatz bis vor das Rote Rathaus, in Hamburg verbanden mehrere Hochschulen ihre Aktionen in einer großen Bündnisdemo, in Jena und Halle gab es zentrale Mobilisierungen. In Freiburg wurde vor dem Rektorat und mitten auf dem Campus öffentlich

Druck aufgebaut. Viele Standorte meldeten mehrere hundert Teilnehmer:innen, in einigen Städten waren es tausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die gemeinsam den Druck vor der entscheidenden dritten Verhandlungsrunde erhöhten.

Dass viele Standorte dieses Mal offensiver auftraten, mit eigenen Streikkundgebungen, breiten Bündnissen und teilweise mehrtägigen Streikmaßnahmen, zeigt: Der Hochschulaktionstag ist nicht mehr nur ein symbolischer Einspruch gegen prekäre Arbeit an Hochschulen, sondern zum strategischen Bestandteil im Tarifkonflikt der Länder geworden.

Dennoch war der Zeitpunkt der Tarifrunde, die erst Anfang Dezember begann, schwierig für die Mobilisierung. Feiertage und Klausurenstress hatten gewiss einen unmittelbaren Einfluss auf die Beteiligung. Insgesamt lässt sich feststellen, dass tendenziell weniger Studierende als im Jahr 2023 mit auf der Straße waren. Die Teilnahme des Mittelbaus und der Verwaltung stieg jedoch an vielen Orten.

Die öffentliche Wahrnehmung war um den Tag herum durchweg positiv. Bundesweite Berichterstattung in großen Medien, regionale Schlagzeilen von Bayern bis Schleswig-Holstein und die klare Einbindung in die Tarifrunde zeigten: Der Konflikt ist aus der Nische herausgetreten. Studentische Beschäftigte werden nicht länger als Randgruppe behandelt, sondern als integraler Bestandteil der Hochschulen und des öffentlichen Dienstes. Vor diesem Hintergrund bekommt der Blick nach Göttingen besonderes Gewicht.

Göttingen als Pilotprojekt für gemeinsame Streiks

Im Rahmen der TV-L-Runde wurden in Göttingen sowohl studentische Beschäftigte als auch Lehrende zu einem einwöchigen Streik vom 26. bis zum 30. Januar aufgerufen. Durch dieses statusgruppenübergreifende Konzept war es nicht nur den studentischen Beschäftigten, sondern auch vielen Dozent:innen, die oft nur an ein oder zwei Tagen pro Woche unterrichten, möglich, aktiv von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen und nicht nur am Aktionstag mitzudemonstrieren.

Im Vorfeld der Streikwoche fanden ab dem 5. Dezember 2025 erste Arbeitsstreiks statt. Über 30 Kolleg:innen meldeten sich im Rahmen der Mobilisierungsaktionen an, bei denen sie vor allem durch die Flure gingen und Kolleg:innen für den Aktionstag am 28. Januar ansprachen. Die Resonanz war sehr positiv. Dies war umso bemerkenswerter, da die Forderungen der TV-L-Runde insbesondere für den Mittelbau nur zum Teil mobilisierend wirkten. Es fehlte erneut eine Verhandlungsgrundlage für eine Entfristungsklausel oder zumindest eine schuldrechtliche Vereinbarung, wie sie bereits in Hessen durchgesetzt wurde, das als einziges Bundesland nicht zur TdL gehört. Insbesondere der Aufruf, sich mit den Forderungen der studentischen Beschäftigten zu solidarisieren, die nicht mehr als »Sachmittel« gelten wollen (was vielen nicht bekannt war), wirkte überzeugend. Auch die Solidarität mit den Doktorand:innen, von denen viele nur halbe Stellen haben, jedoch häufig Vollzeit arbeiten, sowie mit den Kolleg:innen der Sekretariate, die in niedrigen Lohngruppen festhängen und die Entgeltsteigerung auf jeden Fall benötigen, wirkte mobilisierend.

In der heißen Streikwoche fanden einzelne Aktionstage statt, beispielsweise wurde am Dienstag im Göttinger Klinikum gestreikt. Am Mittwoch kamen dann Beschäftigte des Klinikums und der Universität samt Studierenden zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammen. Eisregen und Minusgrade hielten die 700 Kolleg:innen nicht davon ab, durch die Innenstadt zu demonstrieren und dem Präsidenten der Universität die Kernforderungen der Streikenden zu überreichen. Angesichts der Menge an Kolleg:innen, die dort im Schnee tanzten, protestierten und piffen, fühlte er sich sichtlich unwohl. Das ist kein Wunder. Denn unter anderem ist der Präsident der Meinung, dass die geringe Anzahl an Frauen in der Wissenschaft am Genörgel der #IchbinHannas und #IchbinReyhans läge und nicht an den fehlenden Perspektiven aufgrund von Befristung und fehlender familiärer Vereinbarkeit.

Die Mobilisierung in Göttingen war in diesem Maße nur möglich, weil sich die Kolleg:innen dort seit mehreren Jahren organisieren. Zuletzt hatten Lehrende über ein halbes Jahr lang die Betreuung von Abschlussarbeiten bestreikt (siehe *express* 4/2025, S. 19). Zugleich wurde das Bündnis »Göttingen steht zusammen« aufgebaut, in dem Beschäftigte der Universität und

Kolleg:innen aus der Stadt gemeinsam Aktionen geplant haben. Insgesamt ermöglichten die Aktionen einen nachhaltigen Aufbau von Betriebsgruppen.

Weitere Organisierung dank wachsender sozialer Spannungen?

Den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen an den Hochschulen steht in den nächsten 27 Monaten – denn so lang ist die Laufzeit diesmal – nun eine Reihe von Aufgaben bevor.

Für die größte Gruppe, die immer noch um ihren TVStud ringen muss, geht es bis zur nächsten Tarifrunde neben dem Tarifvertrag auch um eine Beteiligung der studentischen Beschäftigten an der Personalvertretung. Denn es ist sicherlich kein Zufall, dass mit Berlin und Brandenburg zwei Bundesländer bei der Umsetzung der Mindestvertragslaufzeiten führend sind, die über eigenständige studentische Personalräte verfügen.

In diesem Bereich konnten seit der letzten Tarifrunde bereits Verbesserungen erzielt werden, insbesondere durch die Einführung studentischer Personalräte in Brandenburg und der Hilfskräftenräte mit eingeschränkten Rechten in Hessen (siehe *express* 6/2025, S. 7 und 9–10/2025, S. 15). Daran gilt es anzuknüpfen. Darüber hinaus gilt es, die Landesregierungen stärker öffentlich in die Pflicht zu nehmen, ihre Versprechungen umzusetzen. Aber bei Appellen an die Politik darf es natürlich nicht bleiben. Für den Aufbau von Betriebsgruppen konnten TVStud-Aktivitäten an einzelnen Standorten in den letzten Jahren den Anstoß geben. Es gilt, die gewerkschaftliche Organisierung an Hochschulen zu verstetigen bzw. neu zu beleben (siehe *express* 4/2025, S. 18).

Für den Mittelbau, die Beschäftigten in den Sekretariaten und die outgesourceten Kolleg:innen in Reinigung, Gartenbau und Versorgung kommt es ebenfalls darauf an, nachhaltige Betriebsgruppen an den Hochschulen auf- und auszubauen. Innerhalb der Gewerkschaften sollten wir dafür sorgen, dass Instrumente, die in dieser Tarifrunde gut funktioniert haben, weiterhin genutzt werden. Dazu gehört, dass Aktionsformen wie die Bildungsstreikwoche in Göttingen flächendeckend organisiert werden. Dazu gehören auch wieder Umfragen unter Kolleg:innen über die Streikforderungen. Besonders wichtig ist es zudem für Aktive vor Ort, dass die lokalen Strukturen von ver.di und GEW – gerade angesichts des geringen Organisationsgrads – zusammenarbeiten. Denn ehrenamtlich Aktive haben kein Interesse an einem Organisationskonflikt, in dem sie – genau wie die gemeinsamen Ziele – geschwächt und aufgegeben werden. Statusgruppenübergreifend werden wir weiterhin daran arbeiten, auch an den Hochschulen Gegenmacht zu entwickeln.

** Paulina Backs ist seit 2021 bei TVStud Rostock aktiv, Mathis Kock seit 2023 bei TVStud Bonn und Maximilian Wimmer seit 2023 bei TVStud Passau. Anne Engelhardt ist seit 2016 in Kassel und Göttingen Teil von UniUnbefristet.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12